

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	VII
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXIII
 Einleitung . . . . .	 1
 1. Teil: Methodik und Begriffsbestimmungen . . . . .	 9
<i>1. Kapitel: Zugrunde gelegte Methodik . . . . .</i>	<i>9</i>
A. Auslegungsmethoden . . . . .	9
I. Wortlaut . . . . .	10
II. Systematik . . . . .	11
III. Historie . . . . .	12
IV. Telos . . . . .	13
1. Effet utile im Allgemeinen . . . . .	14
2. Effet utile und Telos im Rahmen der Wertesicherung . . . . .	15
a) Funktionsfähigkeit der Gemeinschaft . . . . .	15
b) Wertekonforme Auslegung . . . . .	17
B. Rechtsfortbildung . . . . .	18
I. Grenzen der Rechtsfortbildung . . . . .	19
II. Rechtsfortbildung in der Unionsrechtsordnung . . . . .	20
1. Legitimität europäischer Rechtsfortbildung . . . . .	20
2. Ausgestaltung europäischer Rechtsfortbildung . . . . .	21
3. Voraussetzungen und Grenzen europäischer Rechtsfortbildung . . . . .	22
4. Rechtsfortbildung im Kontext der Wertesicherung . . . . .	24
<i>2. Kapitel: Begriffsbestimmungen . . . . .</i>	<i>25</i>
A. Die Werte des Art. 2 EUV . . . . .	25
I. Grad der Homogenisierung . . . . .	26
II. Rangverhältnis der Werte . . . . .	29
III. Die Werte im Einzelnen . . . . .	31
1. Demokratie . . . . .	33
a) Konkretisierung durch EMRK, KSZE und Beitrittsvoraussetzungen . . . . .	34

b) Ausgestaltung auf Unionsebene . . . . .	36
2. Rechtsstaatlichkeit . . . . .	38
a) Herrschaft des Rechts und Rechtsgemeinschaft . . . . .	38
b) Einzelausprägungen der Rechtsstaatlichkeit . . . . .	40
3. Achtung der Menschenwürde . . . . .	43
4. Freiheit . . . . .	46
5. Gleichheit . . . . .	47
6. Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören . . . . .	49
IV. Funktionen von Homogenität und Art. 2 EUV . . . . .	52
1. Konsensfunktion . . . . .	52
2. Legitimationsfunktion . . . . .	53
a) Juristisch-formale Legitimation . . . . .	53
b) Sozial-empirische Legitimation . . . . .	55
3. Integrationsfunktion . . . . .	55
4. Sicherungsfunktion . . . . .	57
a) Sicherstellung der wertekonformen Ausführung des Unionsrechts . . . . .	57
b) Verknüpfung von Unions- & mitgliedstaatlicher Rechtsordnung . . . . .	58
c) Sicherstellung der Entscheidungsprozesse und Handlungsfähigkeit der Unionsorgane . . . . .	59
5. Zwischenergebnis . . . . .	61
B. Definition von „Wertesicherung“ . . . . .	61
I. Ausschluss von Mechanismen mit individualschützendem Schwerpunkt . . . . .	62
1. Nichtbefolgung des Europäischen Haftbefehls . . . . .	62
a) Aussetzung des Rahmenbeschlusses nach ErwG. 10 RB-EuHb . . . . .	63
b) Ablehnung eines Europäischen Haftbefehls nach Art. 1 Abs. 3 RB-EuHb . . . . .	63
c) Zwischenergebnis . . . . .	65
2. Berücksichtigung von Asylanträgen von Bürgern anderer Mitgliedstaaten . . . . .	66
II. Ausschluss von Mechanismen, bei denen der Schutz der Werte Begleiterscheinung ist . . . . .	67
C. Arten gemeinschaftlicher mitgliedstaatlicher Werteverstöße . . . . .	68
I. Kollektiver Verstoß . . . . .	68
II. Kooperativer Verstoß . . . . .	69
III. Notwendigkeit einer Differenzierung trotz partieller Verflechtungen . . . . .	70

2. Teil: Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Wertesicherung unter besonderer Berücksichtigung kollektiver und kooperativer Verstöße . . . . .	71
<i>1. Kapitel: Beitrittsverfahren und Sicherungsklauseln in Beitrittsverträgen</i>	71
A. Konzeption des Art. 49 EUV . . . . .	71
B. Sicherungsklauseln in Beitrittsverträgen . . . . .	73
C. Bewertung der Sicherungsmechanismen . . . . .	76
I. Restriktivere Handhabung der Beitrittsprozedur . . . . .	76
II. Unsicherheiten bei der Ausgestaltung von Sicherungsklauseln . . . . .	79
III. Kollektive und kooperative Verstöße betreffend . . . . .	81
<i>2. Kapitel: Soft-law-Instrumente zur Sicherung der Werte</i> . . . . .	81
A. EU-Rahmen zur Stärkung des Rechtsstaatsprinzips . . . . .	81
I. Verfahrensverlauf . . . . .	82
II. Bewertung des Sicherungsmechanismus . . . . .	84
1. Rechtliche Bedenken . . . . .	84
a) Unbedenklichkeit des Informationsaustausches und des initiierten Dialoges . . . . .	85
b) Vergleich zum Pilotverfahren der Kommission im Rahmen des Vertragsverletzungsverfahrens . . . . .	87
c) Unzulässigkeit von Empfehlungen außerhalb von Art. 7 Abs. 1 EUV . . . . .	89
d) Zwischenergebnis . . . . .	92
2. Bedenken bzgl. der praktischen Wirkung und inhaltlichen Reichweite . . . . .	93
a) Geringe Einwirkungsmöglichkeiten . . . . .	93
b) Der Rechtsrahmen als vorbereitender Mechanismus . . . . .	94
3. Kollektive und kooperative Verstöße betreffend . . . . .	97
B. Weitere Soft-law-Instrumente . . . . .	98
I. Konzeption der verschiedenen Mechanismen . . . . .	98
1. Rechtsstaatsdialog des Rates . . . . .	98
2. Justizbarometer des Europäischen Semesters . . . . .	100
3. Der Rechtsstaatsmechanismus . . . . .	103
II. Bewertung der Sicherungsmechanismen . . . . .	106
1. Rechtsstaatsdialog . . . . .	106
a) Anfängliche Kritik – Abstraktheit des Dialoges . . . . .	106
b) Bewertung der neuerlichen Reformbemühungen . . . . .	108
2. Kritik am Rechtsstaatsmechanismus . . . . .	110
3. Grundlegende Kritik an den Informations- und Aufsichtsmechanismen . . . . .	111

a) Schwerpunktsetzung auf den Wert der Rechtsstaatlichkeit . . . . .	111
b) Unvollständige Erfassung der Rechtsstaatlichkeit . . . . .	111
c) Unverbindlichkeit der Mechanismen . . . . .	113
4. Kollektive und kooperative Verstöße betreffend . . . . .	114
5. Zusammenfassende Bewertung . . . . .	114
<i>3. Kapitel: Das Verfahren nach Art. 7 EUV</i> . . . . .	116
A. Verfahrenskonzeption . . . . .	116
I. Vorfeldmaßnahmen nach Art. 7 Abs. 1 EUV . . . . .	116
1. Verfahren . . . . .	117
2. Tatbestandsvoraussetzungen . . . . .	119
a) „Eindeutige Gefahr“ . . . . .	119
b) „Schwerwiegend“ . . . . .	120
II. Feststellungsbeschluss, Art. 7 Abs. 2 EUV . . . . .	123
1. Verfahren . . . . .	123
2. Tatbestandsvoraussetzungen . . . . .	125
a) „Verletzung“ . . . . .	125
b) „Schwerwiegend und anhaltend“ . . . . .	127
III. Suspendierungsbeschluss, Art. 7 Abs. 3, 4 EUV . . . . .	128
1. Verfahren . . . . .	128
2. Mögliche Sanktionen . . . . .	130
3. Sanktionsgrenzen . . . . .	131
a) Grundlegende Grenzen . . . . .	131
b) Suspendierung von Klagerechten . . . . .	133
c) Ausschluss aus der Union . . . . .	134
IV. Abstimmungsmodalitäten des Art. 7 EUV-Verfahrens, Art. 354	
AEUV . . . . .	135
1. Notwendiges Quorum im Rat . . . . .	136
2. Anforderungen an die Zustimmung des Europäischen Parlaments	136
B. Bewertung des Sanktionsmechanismus . . . . .	137
I. Kritik an den Verfahrenshürden . . . . .	138
1. Hintergrund der Verfahrenskonzeption . . . . .	139
2. Würdigung mit Blick auf die gegenwärtige Wertekrise . . . . .	141
II. Kritik am Mehrwert und der Legitimität des Verfahrens . . . . .	143
1. Hinsichtlich Art. 7 Abs. 1 EUV . . . . .	143
2. Hinsichtlich Art. 7 Abs. 2, 3 EUV . . . . .	144
a) Infragestellen der Anwendbarkeit . . . . .	144
aa) Ausdruck in der Metapher „Nukleare Option“ . . . . .	144
bb) Legitime Anwendbarkeit von Art. 7 EUV . . . . .	146
cc) Zwischenergebnis . . . . .	148

b) Vorwurf der kontraproduktiven Wirkung . . . . .	148
aa) Hintergrund – Interventionsparadoxon . . . . .	149
bb) Grundlegendes Phänomen im Rahmen der Wertesicherung	150
cc) Zwischenergebnis . . . . .	151
c) Intendierte Isolierungswirkung von Art. 7 Abs. 2, 3 EUV . .	152
aa) Unzureichende Würdigung der Verfahrensfunktionen . .	153
bb) Besondere Bedeutung der Funktions- & Legitimationssicherung im Rahmen von Art. 7 EUV . . .	154
cc) Vorteile und Grenzen der Isolierung des Mitgliedstaates über Art. 7 EUV . . . . .	156
d) Zwischenergebnis . . . . .	158
III. Kollektive und kooperative Verstöße betreffend . . . . .	158
IV. Abschließende Bewertung . . . . .	160
4. Kapitel: Das Vertragsverletzungsverfahren . . . . .	160
A. Verfahrensverlauf, Art. 258, 259 AEUV . . . . .	161
I. Vertragsverletzungsverfahren durch die Kommission, Art. 258 AEUV . . . . .	161
1. Informelles Vorverfahren . . . . .	161
2. Formelles Vorverfahren . . . . .	162
3. Gerichtliches Verfahren . . . . .	164
II. Vertragsverletzungsverfahren durch die Mitgliedstaaten, Art. 259 AEUV . . . . .	166
1. Außergerichtliches Vorverfahren . . . . .	166
2. Gerichtliches Verfahren . . . . .	168
B. Materiell-rechtliche Anforderungen . . . . .	169
I. Bezugspunkt – Vertragsverletzung . . . . .	169
II. Möglichkeiten der Rechtfertigung . . . . .	170
III. Anwendbarkeit im Rahmen der Wertesicherung . . . . .	171
1. Mögliche Sperrwirkung von Art. 7 EUV . . . . .	171
a) Abschließende Wirkung des Art. 7 EUV im Rahmen der Wertesicherung . . . . .	172
b) Systematisches Nebeneinander der Verfahren . . . . .	173
aa) Keine Umgehung der Wertung des Art. 269 AEUV . . . .	173
bb) Keine Umgehung des Art. 7 EUV-Verfahrens . . . . .	174
cc) Offener Wortlaut und Systematik . . . . .	177
2. Art. 2 EUV als unmittelbarer Anknüpfungspunkt von Art. 258 f. AEUV? . . . . .	178
a) Die Werte als lediglich symbolischer Programmpunkt . . . .	179
b) Art. 2 EUV als justiziable Norm . . . . .	180

c) Reichweite der Werte – „Die Büchse der Pandora“ . . . . .	182
3. Heranziehung von primär- und sekundärrechtlichen	
Ausprägungen der Werte . . . . .	184
a) „Technokratische“ Verfahren gegen Ungarn . . . . .	185
aa) Rs. C-286/12 – Kommission/Ungarn . . . . .	185
bb) Folgeurteile in weiteren technischen Verfahren . . . . .	187
cc) Noch anhängige Verfahren . . . . .	189
b) Verfahren auf Grundlage von Art. 19 Abs. 1 UAbs. 2 EUV . .	191
aa) Rs. C-64/16 – Associação Sindical dos Juízes Portugueses	191
(1) Prüfung am Maßstab von Art. 19 Abs. 1 UAbs. 2 EUV	191
(2) Würdigung des dogmatischen Konzeptes . . . . .	194
(a) Keine unmittelbare Justiziabilisierung von Art. 2	
EUV . . . . .	195
(b) Reichweite des Anwendungsbereiches . . . . .	196
bb) Rechtsprechung des EuGH zu den Justizreformen Polens	197
(1) Rs. C-619/18 – Kommission/Polen (Unabhängigkeit	
des Obersten Gerichts) . . . . .	198
(a) Verfahrensverlauf: Einstweiliger Rechtsschutz und	
Entscheidung in der Hauptsache . . . . .	198
(b) Grundsätzliche Manifestierung der Art. 19 Abs. 1	
UAbs. 2 EUV-Dogmatik . . . . .	199
(c) Partielle Weiterentwicklung der Rs. C-64/16 –	
Associação Sindical dos Juízes Portugueses . . . .	200
(2) Rs. C-192/18 – Kommission/Polen (Unabhängigkeit	
der ordentlichen Gerichte) . . . . .	202
(3) Verbundene Rs. C-585/18, C-624/18 u. C-625/18 –	
A.K. (Unabhängigkeit der Disziplinarkammer	
des Obersten Gerichtshofs) . . . . .	204
(a) Abgrenzungssystematik zwischen Art. 47 GRCh	
und Art. 19 Abs. 1 UAbs. 2 EUV nach GA Tanchev	205
(b) Wachsende Unklarheiten mit Blick auf die	
Dogmatik des EuGH . . . . .	206
(4) Rs. C-791/19 – Kommission/Polen	
(Disziplinarregelung für Richter) . . . . .	208
(5) Rs. C-132/20 – Getin Noble Bank . . . . .	211
(6) Rs. C-204/21 – Kommission/Polen (Unabhängigkeit	
und Privatsphäre der Richter) . . . . .	213
cc) Rechtsprechung des EuGH gegenüber Rumänien . . . . .	214
c) Fazit zur Justiziabilisierung von Art. 19 Abs. 1 UAbs. 2 EUV	
und Art. 47 GRCh . . . . .	217

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	XV
aa) Versuch einer Systematisierung der Rechtsprechung . . .	217
bb) Zugrunde gelegtes Verhältnis zwischen Art. 19 EUV und Art. 47 GRCh . . . . .	219
4. Zwischenergebnis – Das Vertragsverletzungsverfahren innerhalb der Wertesicherung . . . . .	221
C. Rechtsfolgen des Vertragsverletzungsverfahrens, Art. 260 AEUV . . .	222
I. Feststellungsurteil des EuGH, Art. 260 Abs. 1 AEUV . . . . .	222
II. Durchsetzung des Feststellungsurteils . . . . .	224
1. Verhängung von Pauschalbetrag und Zwangsgeld, Art. 260 Abs. 2 AEUV . . . . .	224
2. Vollstreckung von Pauschalbetrag und Zwangsgeld . . . . .	226
D. Bewertung des Sicherungsmechanismus . . . . .	229
I. Effektive Durchsetzung des Unionsrechts im Einzelfall . . . . .	229
II. Eingeschränkte Wirksamkeit bei systematischen Verletzungen . .	231
III. Abhängigkeit vom Anwendungsbereich der GRCh oder dem Vorhandensein einer primärrechtlichen Konkretisierung . . . . .	233
IV. Kollektive und kooperative Verstöße betreffend . . . . .	237
V. Abschließende Würdigung . . . . .	238
<i>5. Kapitel: Sicherung der Werte durch sekundärrechtliche Mechanismen</i>	239
A. Haushaltskonditionalität . . . . .	239
I. Ausgestaltung der Haushaltskonditionalität . . . . .	240
1. Entstehungsgeschichte . . . . .	240
2. Materiell-rechtlicher Anknüpfungspunkt . . . . .	241
a) „Verstöße gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit“ . .	241
b) „Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Führung des Haushalts der Union oder des Schutzes ihrer finanziellen Interessen“ . .	242
3. Verfahrensverlauf für den Erlass von Maßnahmen . . . . .	243
4. Inhalt der Maßnahmen und deren Aufhebung . . . . .	245
II. Urteile des EuGH vom 16.02.2022 zur Rechtmäßigkeit der Konditionalitätsverordnung . . . . .	246
III. Erstmalige Ingangsetzung der Konditionalitätsregelung gegenüber Ungarn . . . . .	249
IV. Bewertung des Sicherungsmechanismus . . . . .	251
1. Rechtliche Würdigung der Konditionalitätsverordnung . . . . .	251
a) Vereinbarkeit mit dem Art. 7 EUV-Verfahren . . . . .	251
aa) Vergleich der Verfahrensgegenstände . . . . .	252
bb) Vergleich der Verfahrensziele . . . . .	253
b) Art. 322 Abs. 1 lit. a) AEUV als Rechtsgrundlage des Mechanismus . . . . .	255

aa) Bedenken hinsichtlich der ursprünglichen Fassung der Verordnung . . . . .	255
bb) Überzeugende wie notwendige Überarbeitung der Ursprungsfassung . . . . .	256
c) Primäre Kompetenzzuweisung an die EU-Kommission . . . . .	258
2. Praktische Würdigung . . . . .	260
a) Erwartete effektive Konditionierungswirkung . . . . .	260
b) Effektive Anwendung nur bei finanziell-abhängigen Mitgliedstaaten . . . . .	262
c) Potenzielle negative Auswirkungen auf Unbeteiligte . . . . .	263
3. Kollektive und kooperative Verstöße betreffend . . . . .	266
V. Gesamtergebnis . . . . .	267
B. „Europäisches Parteiverbotsverfahren“ . . . . .	268
I. Systematik der Rechtsgrundlage . . . . .	268
II. Inkorporierung der Verordnung in den Kanon der Wertesicherung . . . . .	270
III. Bewertung des Sicherungsmechanismus . . . . .	271
1. Verfahren und materielle Voraussetzungen . . . . .	272
a) Schwergängiges Verfahren und hohe materielle Voraussetzungen . . . . .	272
b) Erforderliche Änderungen zugunsten einer effektiveren Wertesicherung . . . . .	274
c) Schwierigkeiten bei der Annahme einer Werteverletzung der Europäischen Parteienfamilie . . . . .	275
2. Wirkung und Reichweite der Verordnung . . . . .	276
a) Entzug von Rechtspersönlichkeit und finanzieller Förderung . . . . .	276
b) Beschränkter Einfluss auf den Willensbildungsprozess des Parlaments . . . . .	278
3. Das Europäische Parlament als „Wertesicherungsgarant“ . . . . .	280
4. Kollektive und kooperative Verstöße betreffend . . . . .	282
5. Abschließende Würdigung . . . . .	283
6. Kapitel: Rückgriff auf die Sanktionsmöglichkeiten der WVRK . . . . .	284
A. Unmittelbare Anwendung der WVRK . . . . .	284
B. Anwendung der WVRK als Teil des allgemeinen Völkerrechts . . . . .	285
C. Ausschluss aus der Union und Suspendierung der Verträge gem. Art. 60 Abs. 2 lit. a) i) WVRK . . . . .	287
I. Keine Suspendierung auf Grundlage von Art. 60 Abs. 2 lit. a) i) WVRK . . . . .	287
II. Ausschluss auf Grundlage von Art. 60 Abs. 2 lit. a) i) WVRK . . . . .	288
1. Grundsätzliche Einwände gegen einen Ausschluss . . . . .	288



a) Unvereinbarkeit mit dem Integrationsprozess der EU . . . .	288
b) Kontraproduktive Wirkung eines Ausschlusses . . . . .	290
2. Abschließende Regelung des Primärrechts? . . . . .	292
a) Wertesicherung der Verträge als self-contained regime . . . .	292
b) Differenzierung zwischen der Art der Vertragsverletzung . .	293
c) Fehlende Sperrwirkung der Verträge gegenüber einem Ausschluss . . . . .	294
3. Ultima-ratio-Funktion eines Ausschlusses . . . . .	296
D. Bewertung des Sicherungsmechanismus . . . . .	297
I. Stark eingeschränkter Anwendungsbereich . . . . .	297
II. Kollektive und kooperative Verstöße betreffend . . . . .	299
III. Anwendung im Fall Polen oder Ungarn? . . . . .	300
<i>7. Kapitel: Wertesicherung durch die Mitgliedstaaten . . . . .</i>	<i>302</i>
A. Regierungsbildung in Österreich unter Beteiligung der FPÖ . . . . .	302
I. Vorgehen der EU-14 . . . . .	302
II. Reaktionen von Seiten der EU-Institutionen . . . . .	304
III. Lösung des Konflikts und dessen Folgen . . . . .	304
B. Zulässigkeit des Vorgehens der EU-14 . . . . .	306
I. Unionsrechtliche Grundlage . . . . .	306
1. Maßnahmen auf Grundlage von Art. 7 Abs. 1, 2 EUV (Amsterdam)	306
2. Maßnahmen im Vorfeld von Art. 7 Abs. 1, 2 EUV (Amsterdam)	307
a) Verbleibender Rahmen für Vorfeldmaßnahmen . . . . .	307
b) Einordnung der Maßnahmen der EU-14 . . . . .	309
II. Völkerrechtliche Grundlage . . . . .	310
1. Meinungsstand in der Literatur . . . . .	311
2. Wertung des Art. 7 EUV . . . . .	312
3. Exklusivität unionaler Streitbeilegungsmechanismen . . . . .	313
III. Zwischenergebnis . . . . .	315
C. Bewertung des Sicherungsmechanismus . . . . .	316
I. Unzulässigkeit unilateraler Maßnahmen . . . . .	316
II. Ein Europa der zwei Geschwindigkeiten? . . . . .	316
1. Drohender Konflikt mit dem Prinzip der Unionstreue, Art. 4 Abs. 3 EUV . . . . .	317
2. Verbleibende Integrations- & Kooperationsmöglichkeiten . . .	318
III. Kollektive und kooperative Verstöße betreffend . . . . .	319
<i>8. Kapitel: Zusammenfassung der Bestandsaufnahme . . . . .</i>	<i>320</i>
A. Das System der bestehenden Wertesicherungsmechanismen . . . . .	320
B. Effektivität und Schwächen der gegenwärtigen Wertesicherung . . . .	322

C. Potenzierung der bestehenden Schwächen des Wertesicherungssystems bei kollektiven und kooperativen Verstößen . . . . .	323
D. Lehren aus den bestehenden Defiziten und Kurs der EU-Institutionen	324
 3. Teil: Lösungsansätze zur Ausräumung des festgestellten Defizits europäischer Wertesicherung . . . . .	327
<i>1. Kapitel: Ansätze bzgl. Art. 7 EUV, Art. 354 AEUV</i> . . . . .	328
A. Differenzierung zwischen einem gemeinsamen und parallelen Art. 7 EUV-Verfahren . . . . .	328
I. Scheppes ausschlusserweiternde, parallele Verfahren . . . . .	329
II. Thieles adressatenerweiterndes, gemeinsames Verfahren . . . . .	331
III. Relevante Unterschiede der Vorschläge . . . . .	331
B. Gemeinsames Verfahren . . . . .	333
I. Auslegung von Art. 7 EUV und Art. 354 AEUV . . . . .	333
1. Wortlaut . . . . .	333
a) Abschließender Wortlaut vs. generisches Verständnis . . . . .	333
b) Einwände gegen ein generisches Verständnis . . . . .	335
c) Notwendigkeit einer weitergehenden Auslegung . . . . .	335
2. Systematik . . . . .	336
a) Systematische Stellung der Norm . . . . .	336
b) Einheitlichkeit der vertraglichen Terminologie . . . . .	337
c) Drohender systematischer Widerspruch durch „Minderheitsverfahren“ . . . . .	338
3. Historie . . . . .	339
a) Historischer Kontext der Verfahrensimplementierung – Signal an Osteuropa . . . . .	340
b) Ablehnung einer Herabsenkung der Abstimmungsquoren . . . . .	343
4. Telos . . . . .	344
a) Feststellung des Verfahrenszwecks . . . . .	344
b) Drohende Zweckverfehlung . . . . .	346
c) Widersprüchlichkeit eines gegenteiligen Auslegungsergebnisses . . . . .	347
aa) Abgrenzung von Wertungswiderspruch und logischem Widerspruch . . . . .	348
bb) Einordnung des vorliegenden Widerspruchs . . . . .	348
d) Teleologische Einwände . . . . .	350
aa) Ausrichtung von Art. 7 EUV auf bestimmte Verstöße? . . . . .	350
bb) Kontraproduktive Wirkung eines gemeinsamen Verfahrens? . . . . .	351
cc) Begrenzung aufgrund eingeschränkten Rechtsschutzes, Art. 269 AEUV? . . . . .	352

(1) Konzeption des Art. 269 AEUV . . . . .	352
(2) Bedeutung für die hiesige Auslegung von Art. 7 EUV . . . . .	354
e) Grenzen einer teleologischen Auslegung durch das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung . . . . .	356
aa) Wahrung des Kompetenzgefüges . . . . .	358
bb) Wahrung von Verfahrensvorschriften . . . . .	360
cc) Unzulässigkeit politischer Rechtsbildung . . . . .	361
f) Zwischenergebnis – Telos . . . . .	362
5. Zwischenergebnis – Auslegung . . . . .	362
II. Voraussetzungen eines gemeinsamen Verfahrens . . . . .	362
1. Thieles vorgeschlagene Voraussetzungen . . . . .	362
2. Notwendige Begrenzung auf kollektive Verstöße . . . . .	363
III. Würdigung des Ansatzes unter Berücksichtigung des festgestellten Defizits . . . . .	365
C. Parallele Verfahren . . . . .	367
I. Auslegung . . . . .	367
1. Wortlaut . . . . .	367
2. Historie . . . . .	368
3. Systematisch-teleologische Auslegung . . . . .	369
a) Künstliche Herabsenkung der Verfahrensquoten? . . . . .	370
b) Überdehnung des materiellen Gehalts von <i>nemo iudex</i> in causa sua . . . . .	370
c) Partielle Vorwegnahme der Rechtsfolgen . . . . .	371
II. Voraussetzungen und Würdigung des Ansatzes unter Berücksichtigung des festgestellten Defizits . . . . .	372
D. Zusammenfassung . . . . .	372
<i>2. Kapitel: Grundlegende Grenzen für das mitgliedstaatliche</i> <i>Abstimmungsverhalten . . . . .</i>	<i>373</i>
A. <i>Nemo iudex in causa sua</i> als allgemeiner Rechtsgrundsatz des Unionsrechts . . . . .	373
I. Allgemeine Geltung in der Unionsrechtsordnung . . . . .	374
II. Bedeutung für die Wertesicherung . . . . .	375
B. Justiziabilisierung von Art. 4 Abs. 3 EUV . . . . .	376
I. Enge Korrelation zwischen den Werten und dem Loyalitätsgebot . . . . .	377
II. Weitere Verletzung von Art. 4 Abs. 3 EUV bei Rechtsmissbrauch . . . . .	378
1. Grundlage des Verbots des Rechtsmissbrauchs . . . . .	378
2. Kollusives Vorgehen bei kollektiven bzw. kooperativen Verstößen . . . . .	379
3. Zurückhaltende Anwendung des Loyalitätsgebots im politischen Entscheidungsprozess . . . . .	380

C. Würdigung der Ansätze unter Berücksichtigung des festgestellten Defizits . . . . .	382
<i>3. Kapitel: Systematisches Vertragsverletzungsverfahren . . . . .</i>	<i>383</i>
A. Grundlagen von Scheppes systematischen Vertragsverletzungsverfahren . . . . .	383
I. Inhaltliche Ausgestaltung . . . . .	383
II. Auswirkungen und Rechtsfolgen . . . . .	384
B. Rechtliche Würdigung des Ansatzes . . . . .	385
I. Vorteile einer Verfahrensbündelung im Rahmen des Vertragsverletzungsverfahrens . . . . .	385
II. Bedenken bei der Verfolgung systematischer Werteverletzungen durch die Art. 258 ff. AEUV . . . . .	387
1. Einsetzende Sperrwirkung von Art. 7 EUV . . . . .	387
a) Tatbestandliche Überschneidungen . . . . .	387
b) Unzutreffender Verweis auf die Rechtsprechung des EuGH . . . . .	388
2. Vorausgesetzte Justiziabilität der Werte . . . . .	390
3. Unklarheiten mit Blick auf Reichweite des Feststellungsurteils . . . . .	391
a) Undurchsichtige Anforderungen an eine systemic compliance . . . . .	391
b) Entstehende Rechtsunsicherheit oder fehlender Mehrwert einer systemic compliance . . . . .	392
III. Schwierigkeiten bei der Anwendung des Konzeptes . . . . .	394
C. Würdigung des Ansatzes unter Berücksichtigung des festgestellten Defizits . . . . .	395
<i>4. Kapitel: Lösungsansätze über das Vorabentscheidungsverfahren . . . . .</i>	<i>396</i>
A. Rettungsschirm für Grundrechte – Umgekehrte Solange-Doktrin . . . . .	396
I. Ausgestaltung des Konzeptes . . . . .	396
1. Schutz des Kernbestands der Unionsbürgerschaft . . . . .	396
2. Vermutung zugunsten der Mitgliedstaaten . . . . .	398
3. Umsetzung des Konzeptes in der Praxis . . . . .	399
4. Neuerliche Reform des Ansatzes . . . . .	400
II. Rechtliche Würdigung des Ansatzes . . . . .	401
1. Vorzüge der Doktrin . . . . .	401
2. Schwächen der Doktrin . . . . .	402
a) Kritik am „Wesensgehalt der Grundrechte“ und der Justiziabilisierung der Werte . . . . .	402
aa) Keine Umgehung von Art. 51 GRCh . . . . .	402
bb) Vorkehrungen innerhalb der Doktrin zur Schonung der mitgliedstaatlichen Souveränität . . . . .	404

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	XXI
cc) Der verbleibende Spalt in der „Büchse der Pandora“ . . . . .	405
b) Abhängigkeit der Doktrin von der nationalen Justiz . . . . .	407
aa) Die nationale Justiz als Ursache des Problems . . . . .	407
bb) Erste Erwiderung: Konstruktion einer Vorlagepflicht . . . . .	408
cc) Zweite Erwiderung: Universalität der Doktrin . . . . .	409
c) Zwischenergebnis zu den Schwächen der Doktrin . . . . .	410
III. Würdigung des Ansatzes unter Berücksichtigung des festgestellten Defizits . . . . .	411
B. Negierung der Vorlageberechtigung mitgliedstaatlicher Gerichte im Rahmen von Art. 267 AEUV . . . . .	412
I. Sarmientos Konzept eines staatsübergreifenden Unabhängigkeitsverlustes . . . . .	412
II. Grundlegende Anforderungen an die Vorlageberechtigung . . . . .	413
III. Drahtseilakt des EuGH beim Begriff der Unabhängigkeit . . . . .	415
IV. Rechtliche Würdigung des Ansatzes . . . . .	417
1. Grundlegende Bedenken gegen einen downstream effect . . . . .	417
2. Restriktive Negierung der Vorlageberechtigung nur im Einzelfall . . . . .	419
V. Würdigung des Ansatzes unter Berücksichtigung des festgestellten Defizits . . . . .	420
<i>5. Kapitel: Fazit zu den Lösungsansätzen</i> . . . . .	421
 4. Teil: Ausblick und Gesamtfazit in Thesen . . . . .	423
<i>1. Kapitel: Ausblick auf mögliche Vertragsänderungen zugunsten einer effektiven Wertesicherung</i> . . . . .	423
A. Potenzielle Gründung einer neuen Institution – Kopenhagen-Kommission . . . . .	424
B. Verbesserung bzw. Effektivierung des bestehenden Wertesicherungssystems . . . . .	426
C. Impulse durch Vergleiche mit Bestimmungen anderer Rechtsordnungen . . . . .	428
D. Erkenntnisse für zukünftige Vertragsänderungen . . . . .	430
<i>2. Kapitel: Gesamtfazit in Thesen</i> . . . . .	431
 Literaturverzeichnis . . . . .	439
Register . . . . .	461